



Irakische Soldaten auf dem Militärstützpunkt Abara: „Das Ausmaß der Gewalt ist deutlich zurückgegangen“

KU YUSSEF / AFP



Bombenanschlag im Zentrum von Kabul: „Wir erleben eine Rückkehr des Terrors“

PICTURE ALLIANCE / DPA

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Es wird der längste Krieg“

Der bisherige Oberkommandierende im Irak und künftige Chef des US-Zentralkommandos, General David Petraeus, über seinen Einsatz im Zweistromland, die verbesserte Lage in Bagdad und die Lehren für den eskalierenden Konflikt in Afghanistan

SPIEGEL: Herr General, am 31. Oktober übernehmen Sie Ihre neue Aufgabe als Chef des Central Command der US-Streitkräfte, das die Einsätze der Armee in den verschiedensten Regionen der Welt koor-

diniert. Dann werden Sie zuständig sein für so schwierige Länder wie Afghanistan, Irak, Iran, Pakistan, Ägypten, Libanon...
Petraeus: ... Sie sollten den Jemen nicht außer Acht lassen, wo Extremisten am

Werk sind, wie wir erst vor kurzem gesehen haben.

SPIEGEL: Auch Saudi-Arabien gehört dazu.
Petraeus: Die Lage dort hat sich sehr gebessert. Die Saudis haben in den vergangenen



General Petraeus: „Ich bin ein kühler Realist“

vier Jahren hervorragende Arbeit im Kampf gegen al-Qaida geleistet. Sie werden sich erinnern, dass 2004 unser Konsulat in Dschidda zerstört wurde. Sogar das Innenministerium in Riad war Ziel eines Anschlags. Wegen der um sich greifenden Gewalt verließen viele Ausländer das Land. Seit damals haben die Saudis eine sehr intelligente Methode entwickelt, gegen al-Qaida vorzugehen. Dazu gehören zielgenaue Operationen auf der Grundlage guter Geheimdienstarbeit, Änderungen im Gefängniswesen und eine Menge anderer Initiativen.

SPIEGEL: Viele der übrigen Länder auf Ihrer Liste sind weniger erfolgreich. Wie gehen Sie an Ihren neuen Job heran?

Petraeus: Nüchtern. Wirklich sehr nüchtern. Ich könnte auch sagen: mit kühlem Realismus angesichts der gewaltigen Probleme.

David Petraeus

ist Vier-Sterne-General und 55 Jahre alt. Der Sohn eines niederländischen Kapitäns und einer Amerikanerin stammt aus dem Bundesstaat New York. Er absolvierte die Militärakademie in West Point, promovierte an der Princeton University über die militärischen Folgen des Vietnam-Kriegs und diente dann in verschiedenen Einheiten in den USA wie auch im Ausland, unter anderem in Italien, Deutschland, auf Haiti, in Kuwait und Bosnien. Im Februar 2007 übernahm er das Kommando im Irak, das er am 16. September an seinen Nachfolger, General Raymond Odierno, abgegeben hat.

SPIEGEL: Nehmen Sie diese Haltung aus dem Irak mit, wo Sie 19 Monate lang den Oberbefehl innehatten? In jüngster Zeit, da alle Welt über die Fortschritte in Bagdad erstaunt ist, klangen Sie fast wie der größte Skeptiker.

Petraeus: Es gab im vergangenen Jahr wirklich große Fortschritte im Irak – die Gewalttaten gingen um 80 Prozent zurück, ebenso die Zahl der zivilen Opfer. Trotzdem haben Botschafter Ryan Crocker und ich wiederholt darauf hingewiesen, dass der Fortschritt im Irak zerbrechlich und womöglich umkehrbar ist. Das gerade verabschiedete Gesetz über die Neuordnung der Provinzen trägt zur nationalen Einheit bei, und das ist im komplexen politischen Prozess des Irak ein Meilenstein. Sie müssen wissen, dass der Präsident, der ein Kurde ist, und seine beiden Stellvertreter, Sunnit der eine, Schiit der andere, bei jedem Gesetz ein Veto-Recht besitzen – jeder von ihnen. Ohne eine Art nationalen Konsens läuft da nichts.

SPIEGEL: Aber wie stabil ist der Irak denn nun wirklich, jetzt, Ende September 2008?

Petraeus: Botschafter Ryan Crocker und ich, aber auch unsere Vorgesetzten in Washington waren immer überaus vorsichtig bei der Einschätzung der Lage. Wir haben im Laufe der Zeit viele Überraschungen erlebt, wir haben Fehler gemacht, deshalb kann jedes Urteil nur sehr behutsam ausfallen.

SPIEGEL: Sie sind Pessimist aus Erfahrung?

Petraeus: Ich bin weder Pessimist noch Optimist, sondern – das sage ich immer wieder – ein kühler Realist. Die Lage im Irak war schwierig, und sie bleibt schwierig. Trotzdem zeigt natürlich die Tatsache, dass allein wir Truppen in der Größenordnung von zusätzlich 8000 Mann im Laufe der nächsten vier Monate abziehen können und auch die Polen, Australier und Georgier ihre Kontingente heimholen, um wie viel besser die Lage heute ist. Auch weil die irakische Armee mittlerweile immer mehr Aufgaben schultert.

SPIEGEL: Für wie stark halten Sie denn die Gegner dieses neuen Irak noch?

Petraeus: Sie sind noch da, speziell al-Qaida bleibt eine große Bedrohung. Außerdem sind noch immer Milizen aktiv, verstreute Terrorgruppen. Sie verüben weiterhin 20 bis 30 Anschläge pro Tag im ganzen Land, es gehen noch immer Autobomben hoch, es sterben noch immer Zivilisten. Aber das Ausmaß der Gewalt ist seit vergangenem Jahr deutlich zurückgegangen, als wir noch um die 180 Anschläge pro Tag zählten.

SPIEGEL: Sehen Sie weiterhin die Gefahr eines Bürgerkriegs zwischen Sunniten und Schiiten?

Petraeus: Sie ist viel kleiner, und das ist bemerkenswert, denn das Land stand am Abgrund. Das Ausmaß von ethnisch motivierter Gewalt war wirklich erschreckend im Winter 2006. Allein in Bagdad haben

wir zeitweise jeden Tag 50 Tote geborgen, die Opfer dieser Gewalt geworden waren. **SPIEGEL:** Zu den großen Rätseln gehört das Verhalten des Schiitenführers Muktada al-Sadr, der seine Mahdi-Miliz seit geraumer Zeit ruhig hält.

Petraeus: Das Rätsel lässt sich leicht lösen. Der Nimbus von al-Sadr wurde beschädigt durch die Terroraktionen seiner Miliz. Die Schiiten wandten sich von ihr ab, zumal sie selbst immer weniger Schutz vor al-Qaida brauchten. Die Mahdi-Armee erpresste Schutzgeld von Ladenbesitzern, sie nahm Geiseln und kassierte Lösegeld, sie ermordete zwei Gouverneure und drei Polizeichefs und verübte furchtbare Anschläge in Kerbela. Auch in den Augen der Schiiten waren aus den Beschützern damit Terroristen geworden. Al-Sadr hat daraus die Konsequenzen gezogen, er war dabei, jegliche Unterstützung zu verlieren, und musste den Waffenstillstand ausrufen. Er hatte keine andere Wahl.

SPIEGEL: Und die Sunniten auf der anderen Seite – haben Sie die schlicht gekauft, wie etwa Bob Woodward in seinem neuen Buch „The War Within“ schreibt?

Petraeus: Das stimmt nicht. Ich sage Ihnen, was wir gemacht haben: Die Sunniten haben eingesehen, dass es ein Fehler war, die Wahl 2005 zu boykottieren und sich damit dem neuen Irak zu verweigern. Sie hatten ihre Gründe dafür, sie waren im Winter 2006/2007 stark betroffen von der Auflösung des alten Militärapparats und von Saddams Staatspartei, aber sie wollten nicht länger Geächtete bleiben und dachten um. Wir sorgten für ihre Sicherheit, wir waren in ihren Dörfern, wir schützten ihre Stammesführer, und sie lieferten uns im Gegenzug die Informationen, die wir brauchten. Erst ohne Bezahlung, dann aber haben wir sie als Sicherheitskräfte angeheuert.

SPIEGEL: Niemand bestreitet mehr die Fortschritte im Irak, im Gegenteil, Ihnen wird großer Erfolg bescheinigt. Und den sollen Sie nun in Afghanistan wiederholen.

Petraeus: (lacht) Ach, ich hatte gehofft, wir würden dieses Thema überspringen...

SPIEGEL: Halten Sie es für möglich, dass Sie auch mit Afghanistan so weit kommen?

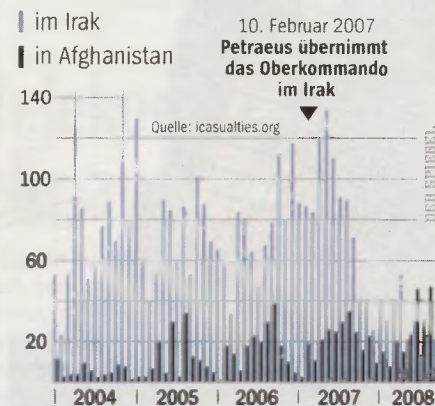
Petraeus: Lassen Sie mich richtigstellen, dass nicht ich allein den Irak vorangebracht habe, daran haben viele mitgewirkt, viele junge Männer und Frauen, Iraker, aber



Beisetzung gefallener US-Soldaten*
„Woher soll Verstärkung kommen?“

Todesopfer

der Koalitionstruppen, monatlich



auch unsere Leute. In Afghanistan lassen sich manche der Ideen, die wir für den Irak entwickelt haben, wieder anwenden, andere nicht. Die erste Regel bei der Bekämpfung von Aufständen lautet: Jeder Fall ist anders, jedes Land muss aus seinen eigenen Bedingungen heraus verstanden werden. Dann kann man sich um eine umfassende Strategie bemühen. Vor 19 Monaten habe ich den Oberbefehlshaber in Afghanistan noch um seinen Job beneidet, das war wirklich so. Heute ist der Irak weit besser dran, er hat Öl, große Gasvorkommen, er hat Wasser, viele Iraker sind gut ausgebildet, das Land hat eine Perspektive.

SPIEGEL: Afghanistan hat nichts von alledem.

Petraeus: So ist es. In Afghanistan geht es nicht um Wiederaufbau, sondern um Aufbau. Es gibt kaum eine Infrastruktur, die Afghanen haben Wüsten im Süden, Gebirge in der Mitte – so hoch, dass unsere Hubschrauber die Berge wegen der dünnen Luft kaum überfliegen können. Sie haben, nach Jahrzehnten des Krieges und der Taliban-Herrschaft, viele Analphabeten, das politische System ist schwach, auch wenn es jetzt positive Entwicklungen gibt. Dazu erleben wir seit einiger Zeit die Rückkehr des Terrors aus allen möglichen Richtungen. Al-Qaida ist ak-

tiv, die Taliban sind wieder stark, wir kämpfen mit Gruppen aus Stammesgebieten, es kommen Kämpfer aus Pakistan herüber. Sie bilden zum Teil regelrechte Syndikate, wie das Isaf-Oberbefehlshaber David McKiernan treffend nennt. Man darf Afghanistan nicht isoliert betrachten, man muss die ganze Region im Auge behalten.

SPIEGEL: Ist Pakistans neue Regierung wirklich gewillt, gegen die Terrorgruppen in seinen Grenzgebieten vorzugehen?

Petraeus: Die ersten offiziellen Äußerungen der neuen Regierung von Präsident Zardari sind klar und ermutigend. Pakistan erneuert sich gerade als Demokratie.

SPIEGEL: Wäre für Pakistan Stabilität nicht wichtiger als Demokratie?

Petraeus: Am besten ist natürlich immer beides. Wir haben uns kürzlich auf einem Flugzeugträger mit General Ashfaq Kayani, dem pakistanischen Armeechef, getroffen und dabei den Eindruck gewonnen, dass Pakistan den Terrorismus als existentielles Problem begreift. Seine Armee will auf dem eigenen Territorium militärische Operationen selbst ausführen. Die USA und andere Länder tun viel, um sie darin zu unterstützen.

SPIEGEL: Die US-Luftwaffe hat bereits mehrere Angriffe gegen Terroristencamps auf pakistanischem Boden geflogen. Das kann doch nur mit dem Einverständnis der Regierung in Islamabad geschehen sein?

Petraeus: Es gibt Übereinstimmung darüber, dass die Extremisten im Westen Pakistans eine ernsthafte Gefahr für das Land sind, wie der verheerende Anschlag auf das Marriott-Hotel in Islamabad gerade erst gezeigt hat. Die Entschlossenheit ist gewachsen, dagegen vorzugehen, und wir reden darüber intensiv mit der neuen pakistanischen Führung.

SPIEGEL: Es bleibt aber dabei, dass Sie für Afghanistan viel zu wenig Soldaten haben.

Petraeus: Das ist richtig. Obwohl die US-Streitkräfte in den vergangenen zwei Jahren von 21 000 auf 31 000 Soldaten aufgestockt wurden und auch einige alliierte Länder ihre Kontingente anhaben, gibt es immer noch nicht genügend Soldaten.

SPIEGEL: General Dan McNeill, der die Nato-Truppen bis zum Sommer befehligte, hat gesagt, nach der gängigen Doktrin wären 400 000 Mann nötig, um das Land zu befrieden.

Petraeus: Die Frage ist doch, woher diese Verstärkung kommen soll. Es müssen ja nicht Nato-Soldaten sein. Wir müssen die afghanische Armee aufbauen, wir müssen eine nationale Polizei heranbilden, wir müssen die Polizisten in den kleinen Städten und Dörfern stärken. Denn sie tragen das größte Risiko, mit ihren Familien. Das war im Irak nicht anders.

SPIEGEL: Sie treten Ihr neues Amt in einem Moment an, da überall Wahlkampf herrscht: im Irak, in Afghanistan und natürlich auch in den USA. Der nächste Präsident in Wa-



Petraeus, SPIEGEL-Redakteure*
„Wir haben Fehler gemacht“

* Oben: auf dem Nationalfriedhof Arlington; unten: Ulrich Fichtner und Gerhard Spörl in der US-Botschaft in Paris.

shington wird unter dem riesigen Druck der Wirtschaftskrise stehen – und unter dem Druck der Wähler, die sich fragen, warum Amerika so viel Geld für ferne Länder wie Afghanistan ausgeben soll, anstatt es im eigenen Land zu investieren.

Petraeus: Der Grund für unseren Afghanistan-Einsatz ist unser vitales nationales Interesse wie auch das unserer Alliierten.

SPIEGEL: Worin liegt dieses Interesse?

Petraeus: Wir müssen verhindern, dass Afghanistan wieder zum Refugium von Extremisten wird. Von Leuten also, deren Terror unter anderem dazu geführt hat, dass die beiden Türme des World Trade Center einstürzten, dass sich ein entführtes Flugzeug ins Pentagon bohrte und ein anderes in einen Acker in Pennsylvania. Das ist der Punkt: Wir haben diesen Krieg begonnen, weil die Terroristen des 11. September 2001 aus Afghanistan kamen, und wir führen diesen Kampf nicht allein, sondern mit 40 alliierten Ländern.

SPIEGEL: Wie lange wird der Kampf dauern, was sagt Ihnen dazu Ihr kühler Realismus?

Petraeus: Ich habe im Jahr 2005, nach einem Besuch Afghanistans, dem damaligen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld gesagt, dass Afghanistan der längste Krieg in diesem langen Krieg gegen den Terror sein wird. Ich bin vor einem Monat wieder dort gewesen und habe meine Einschätzung bestätigt gefunden. Es gibt Trends, die eindeutig in die falsche Richtung zeigen.

SPIEGEL: Solange Sie über nicht genügend Bodentruppen verfügen, muss die Luftwaffe verstärkt Einsätze fliegen – und dabei werden immer wieder Zivilisten ums Leben kommen.

Petraeus: Wir überprüfen das gerade sorgfältig. General McKiernan hat bereits befohlen, die Zahl der Einsätze zur Unterstützung der Bodentruppen zu analysieren, mit dem Ziel, zivile Opfer zu vermeiden. Wir tun dies natürlich auch, um der afghanischen Regierung und Präsident Karzai keine Probleme zu bereiten. Nur müssen wir weiterhin auch die Terroristen töten, die unsere Soldaten umbringen wollen.

SPIEGEL: Was erwarten Sie von den Nato-Partnern?

Petraeus: Ich muss darauf hinweisen, dass ich kein Nato-General bin. Aber US-Verteidigungsminister Robert Gates hat erst kürzlich wieder gesagt, dass die Partner auf unterschiedlichste Weise ihren Beitrag leisten können. Es müssen nicht immer nur Truppen sein. Sie können mit Militärausrüstung und auch mit finanzieller Hilfe die afghanische Armee unterstützen.

SPIEGEL: Sie haben im Irak stets gesagt: Geld ist Munition.

Petraeus: Geld kann tatsächlich Munition sein, aber es kommt immer auf die Situation an. Wird auf Sie geschossen, ist es besser, wenn Sie echte Munition geladen haben.

SPIEGEL: Herr General, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



ANC-Politiker Zuma, Mandela, Mbeki: Zustände wie in einer „Bananenrepublik“

SÜDAFRIKA

Kabale und Hiebe

Nach dem Abgang von Präsident Mbeki steckt die Republik am Kap in der schwersten Krise seit Ende der Apartheid. Kann ausgerechnet ANC-Chef Jacob Zuma Land und Partei wieder einen?

Er ahnte, was kommen würde. Er kennt sich aus im Strippenziehen. Und er kennt seine Partei.

Es war der Montag vor zwei Wochen. Thabo Mbeki, 66, zu diesem Zeitpunkt noch Präsident von Südafrika, war gerade auf dem Weg von Simbabwe in den Sudan, als ihn eine Schlagzeile aus der Heimat erreichte: „Wenn die Schlange tot ist, musst du sie nicht noch einmal erschlagen.“

Formuliert hatte den bissigen Satz Intimfeind Jacob Zuma, 66, der Vorsitzende der Regierungspartei ANC. Da wusste Mbeki, dass sein politisches Schicksal besiegelt war. Sechs Tage später, am vorvorigen Sonntag, gab er seinen Rücktritt bekannt. Dienstag darauf folgten ihm 13 seiner Kabinettsmitglieder.

Die Massenflucht des politischen Spitzenpersonals stürzte das Land in die schwerste Krise seit dem Ende der Apartheid 1994. In Johannesburg sackten die Börsenkurse ab, die ANC-Spitze traf sich zu Krisensitzungen, Erzbischof Desmond Tutu orakelte von Zuständen wie in einer „Bananenrepublik“. Zuma jedoch versicherte Börsianern und Investoren, es bestehe „kein Anlass zu Panik“.

Das mag derzeit stimmen, weil am Donnerstag der gemäßigte ANC-Vizepräsident Kgalema Motlanthe, 59, mit einem teilweise erneuerten Kabinett die Geschäfte übernahm. Doch Motlanthe wird nur für ein gutes halbes Jahr amtieren. Dann sind

Wahlen geplant. Und dann, so will es der ANC bislang, soll der Parteichef zum neuen Staatsoberhaupt ausgerufen werden.

Aber bleibt Jacob Zuma tatsächlich der Präsidentschaftskandidat 2009? Was wird aus dem traditionsreichen ANC? Droht ihm die Spaltung? Und wohin steuert Südafrikas Ökonomie?

Noch immer ist das Land am Kap mit seinen 48 Millionen Einwohnern das wirtschaftlich stärkste auf dem Kontinent. Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau wachsen wieder zweistellig, die Investitionen auch. Die Regierung Mbeki hat Millionen neuer Häuser bauen lassen, zwölf Millionen alte und verarmte Südafrikaner bekommen staatliche Unterstützung.

Knapp vier Millionen Schwarze zählen inzwischen zu Südafrikas Mittelklasse. Selbst in Johannesburgs bekanntestem Township Soweto, wo die Wellblechhütten meist schon festen Häusern gewichen sind, wachsen riesige Einkaufszentren wie die Maponya Mall aus dem Boden.

Genauso offensichtlich aber ist die Kehrseite des Booms. Es gibt durchschnittlich 50 Morde pro Tag, in den Krankenhäusern sterben Tausende Patienten, weil sie nicht ausreichend versorgt werden. Etwa fünf-einhalb Millionen Menschen sind HIV-infiziert, und zu den Ärgernissen des Alltags gehört, dass es immer wieder Stromabschaltungen gibt.

Gugu Ndema, 24, gehört zu denen, die es geschafft haben. Sie ist schwarz und ar-